10 Jahre Zürcher Asylmanifest – wo stehen wir heute?

Zürcher Migrationskonferenz
26. September 2013
Vortragssaal Kunsthaus Zürich

Stadt Zürich
Sozialdepartement

Das Asylmanifest des Stadtrats (31. Januar 2003)

ANZEIGE

DER STADTRAT VON ZÜRICH

GGK

Asylpolitik: Nur so kommen wir weiter!

Hausgemachte Asylprobleme erdrücken die Städte und Gemeinden.

Am 24. November 2002 hat das Schweizer Volk die Asylinitiative der SVP abgelehnt. Sie wollte Asylsuchende, die aus Nachbarländern bei uns einreisen, in diese Länder zurückschieben. Das hätte nicht nur internationales Recht tangiert, sondern auch alle umliegenden Länder gegen die Schweiz aufgebracht. Bundesrat und Kantone versicherten schon am Abstimmungsabend, die Anliegen und Ängste der Bevölkerung jetzt noch ernster zu nehmen, und forderten sich gegenseitig zum Handeln auf. Solche Aussagen lassen befürchten, dass erneut nichts zur Entschärfung der Asylproblematik getan wird. Die neuesten Vorschläge, wie man das Asylgesetz noch härter machen könne, sind in der Regel nicht vollziehbar oder heizen einfach die Asylfrage noch mehr an. Dabei wäre es höchste Zeit, dass wir in der Schweiz lernen, mit den immer stärker werdenden internationalen Migrationsströmen produktiv und gesellschaftsverträglich umzugehen.

Die Hauptlast tragen die Städte und Gemeinden.
Heute tragen vor allem die Städte und Gemeinden die gesellschaftlichen und finanziellen Folgekosten einer verfehlten Asylpolitik. Von Bund und Kantonen werden sie im Regen stehen gelassen, und ihre Probleme nehmen mit jeder Asylgesetzrevision nur noch weiter zu: In der Hoffnung, möglichst viele Asylsuchende abzuschrecken, wurden die Aufnahmeregeln verschärft, massiv Mittel gekürzt und die Lebensbedingungen der Asylbewerbenden auf ein kaum mehr zumutbares Niveau gesenkt; in einigen Kantonen dürfen Asylsuchende bis zu 12 Monaten nicht arbeiten, obwohl im Bundesgesetz nur eine Dauer von drei Monaten vorgeschrieben ist. Weil die Asylsuchenden so zu völliger Untätigkeit verdammt sind und tagsüber keine oder viel zu kleine Aufenthaltsräume vorhanden sind, bleibt ihnen oft nur übrig, sich die Zeit in der nächsten Stadt zu vertreiben. So werden die Innenstädte zum Tagesaufenthalt für die Asylsuchenden aus einem grossen Umkreis. Dass dann exakt jene Leute, die das Arbeitsverbot erzwungen haben, diesen Menschen vorwerfen, sie seien faule Ausländer, die nur in der sozialen Hängematte rumhingen, zeigt, wie verzerrt die Diskussion verläuft. Mit lediglich 3 Franken Taschengeld pro Tag können diese Leute ja nichts anfangen und nichts kaufen. Weder ein Paket Zigaretten noch einen Kaffee können sie sich leisten, keinen Kinoeintritt und keinen Telefonanruf nach Hause bezahlen. Solche Lebensbedingungen stellen, um es klar zu sagen, eine Einladung zur Kleinkriminalität oder sogar zum Drogenhandel dar. Trotzdem sind, wie die Zahlen beweisen, die allermeisten Asylsuchenden nicht kriminell. Darum muss endlich Schluss sein mit der Stimmungsmache gegen Asylsuchende und mit einer Politik, die ein kriminalitätsförderndes Umfeld schafft.

Produktive Lösungen anbieten, die der Schweiz einen Nutzen bringen.
In der Flüchtlings- und Integrationspolitik steht die Schweiz heute in einer ähnlich schwierigen Lage wie Anfang der neunziger Jahre in der Drogenpolitik. Genau wie damals sind Städte und Gemeinden die Leidtragenden, während Bund und Kantone einander den Schwarzen Peter zuschieben. Um die Asylpolitik endlich einen Schritt weiterzubringen, braucht es eine grosse nationale Anstrengung aller politischen Kräfte und Behörden. Die Politik muss endlich Lösungen erarbeiten und anbieten, die nicht zu unverhältnismässigen Kosten führen, die nicht zur Kleinkriminalität anleiten, sondern die auch für unser Land einen Gegenwert beinhalten. Der Stadtrat von Zürich will mit seinem Aufruf für eine neue Asylpolitik einen Schritt in die seiner Meinung nach richtige Richtung tun. Er zeigt im folgenden Entwurf zehn Regeln auf, wie die Schweiz mit den wachsenden Migrationsbewegungen vernünftig und menschlich umgehen und daraus erst noch öffentlichen Nutzen ziehen könnte. Und er lädt alle Betroffenen, vor allem die Städte und Gemeinden, ein, diese Regeln umzusetzen.

Zehn Regeln für eine Neue Schweizer Asylpolitik.

Städte und Gemeinden fordern von Bund und Kantonen folgende

nicht gratis, aber eine wertvolle und für die Öffentlichkeit sichtbare Gegenleistung

für Sauberkeit und die Einhaltung der Hausregeln zu sorgen.

Kosten für Unterbringung, Betreuung, Ausbildung und Beschäftigung von

***Warum?** Die Schweiz befindet sich asylpolitisch in einem Notstand. Die knapp ab-*

Die Stärken des Asylmanifests

1. Pragmatismus statt Ideologie
2. Lösungsbeiträge statt Schwarzpeterspiele
3. Verantwortung für das Ganze statt Engstirnigkeit

Temporäres Bundesverfahrenszentrum in Zürich

- Es besteht politischer Konsens, dass die Verfahren fair, aber schneller sein sollen.
- Bundesamt für Migration braucht Grundstück für ein grösseres Zentrum, um ein faires, aber schnelleres Asylverfahren testen zu können.
- Stadt Zürich ist bereit, dem Bundesamt für Migration das Duttweilerareal in Zürich-West zur Verfügung zu stellen.

Testbetrieb Juchareal ab Anfang 2014

Stadt Zürich verantwortlich für Führung Zentrum Juch-Areal
–Betreuung und Beschäftigung
–Gewähren der Asylfürsorge
–Kinderbetreuung, Schulunterricht
–Gesundheitliche Betreuung
–Sicherheitsdienstleistungen

Bundesamt für Migration verantwortlich für Verfahrenszentrum Förrlibuckstrasse

Vorteile der Testphase für Zürich und ganze Schweiz

- Beitrag zur Lösung des Problems der Verfahrenslänge in der Asylpolitik, im Interesse der ganzen Schweiz (und rasche Klärung, ob es in der Schweiz eine Perspektive gibt, liegt auch im Interesse der Asylsuchenden)

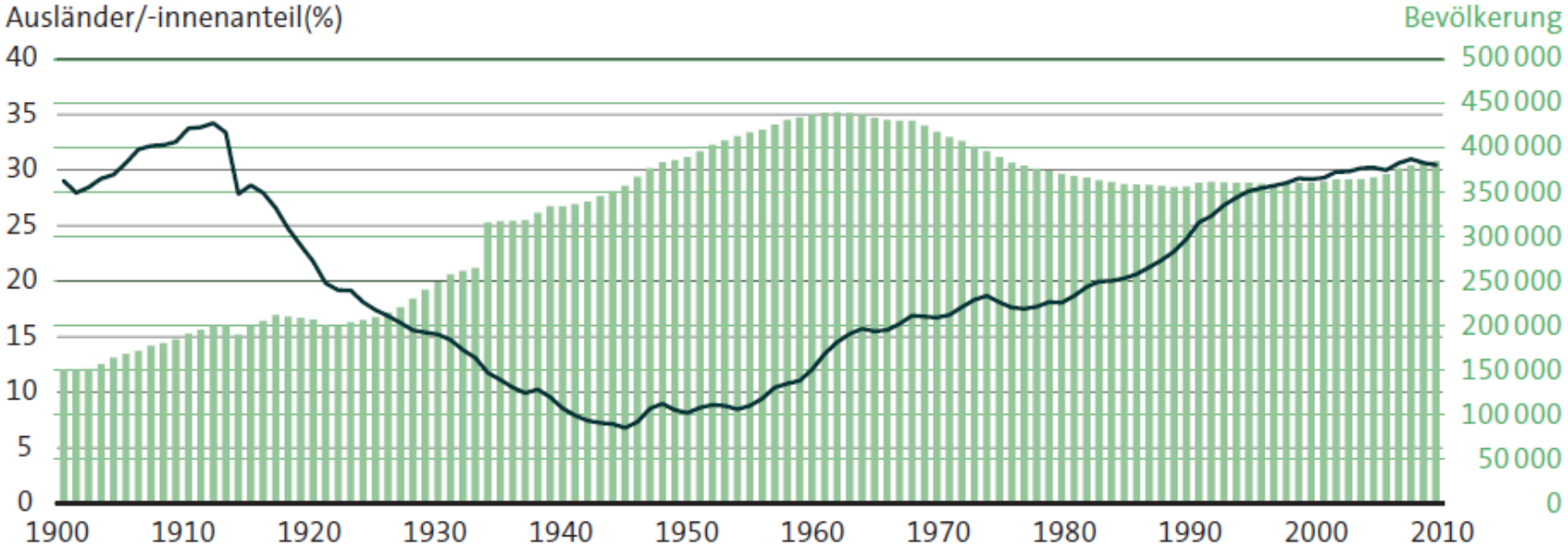
- Anrechnung der 300 Personen auf dem Juch-Areal ans städtische Kontingent von 1900 Personen

Ein paar Zahlen aus dem Asylbereich (Stand Ende 2012)

Ständige Wohnbevölkerung	8'039'060
Ständige ausländische Wohnbevölkerung	1'825'060
Personen des Asylbereichs •davon anerkannte Flüchtlinge •davon vorläufig Aufgenommene	80'484 28'110 22'625

Bevölkerungsentwicklung Stadt Zürich

Bevölkerung und Ausländer/-innenanteil G_2.1
► 1900–2010



10 Jahre Zürcher Asylmanifest – wo stehen wir heute?

Zürcher Migrationskonferenz
26. September 2013
Vortragssaal Kunsthaus Zürich

Stadt Zürich
Sozialdepartement